



Niederrheinische Industrie- und Handelskammer
Duisburg · Wesel · Kleve zu Duisburg

IHK-Standpunkte zur Kommunalwahl 2009

Anregungen und Vorschläge zur Wirtschaftsförderung vor Ort

Impressum

Niederrheinische Industrie- und Handelskammer
Duisburg · Wesel · Kleve zu Duisburg

Mercatorstraße 22 – 24
47051 Duisburg

Telefon: 0203 2821-0
www.ihk-niederrhein.de

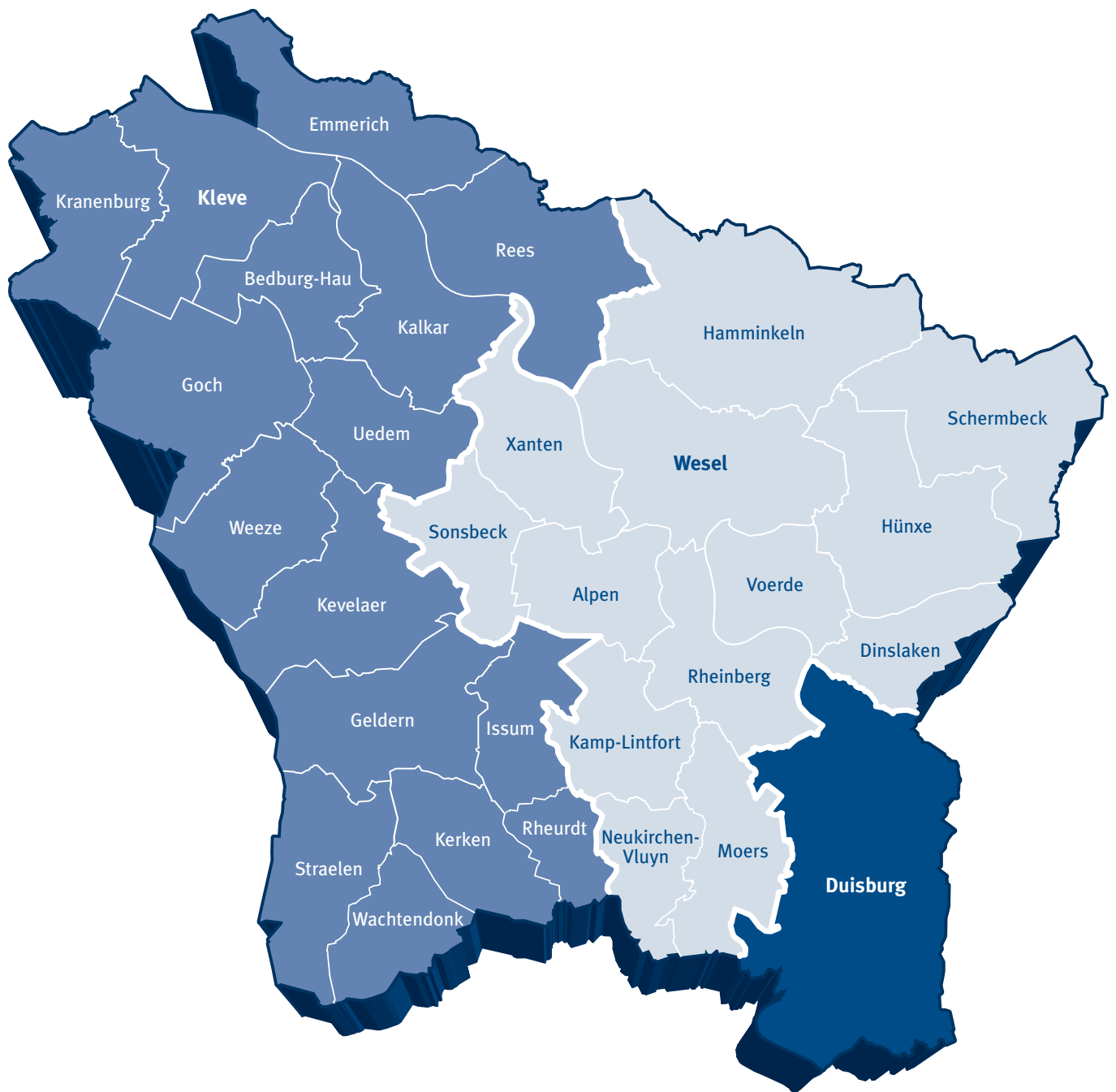
Redaktion:
Theodor Friedhoff
Dr. Christian Rüttgers

Fotos:
fotolia.de

Duisburg, im Juli 2009

Inhalt

	Seite
Wirtschaft vor Ort fördern	5
Regionale Zusammenarbeit intensivieren	7
Logistikregion Niederrhein ausbauen	8
· Hafenkooperation forcieren	8
· Airport Weeze anbinden	8
· Ausbau der Betuwe-Linie ermöglichen	9
· Städtische Verkehrskonzepte erstellen	9
Wirtschafts- und Industriestandort Niederrhein festigen	10
· Energieversorgung sichern	10
· Rohstoffgewinnung nicht gefährden	11
· Verfügbare Gewerbeflächen ausweisen	12
· Breitbandversorgung gewährleisten	13
Handel und Innenstädte entwickeln, Tourismus beleben	14
Mittelstand stärken	15
· Konjunkturpaket II umsetzen	15
· Steuern und Abgaben begrenzen	15
· Privatisierungschancen nutzen	15
· Aufträge mittelstandsgerecht vergeben	16
· Bürokratie abbauen	16
Ausbildung und Qualifizierung intensivieren	17
· Hochschulstandorte aufwerten	17
· Ausbildungsplätze schaffen	18
· Ausbildungsreife sicherstellen	18
· Berufsschulen zielgerecht ausstatten	19
· Weiterbildung fördern	19
Umweltpolitik und wirtschaftliche Entwicklung in Einklang bringen	20
· Umweltzonen kritisch überprüfen	20
· Interessenausgleich sicherstellen	21
Auf demographische Entwicklung vorbereitet sein	22





Wirtschaft vor Ort fördern

Der Niederrhein steht in einem harten interregionalen Wettbewerb – um wirtschaftliches Wachstum, Investitionen, Arbeits- und Ausbildungsplätze. Dies gilt für die Gesamtregion Duisburg-Wesel-Kleve ebenso wie für die einzelnen Kreise, Städte und Gemeinden. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklungen, die Auswirkungen der Finanzmarktkrise, der Strukturwandel und die konjunkturelle Rezession verschärfen den Wettbewerb in erheblichem Maße.

Umso mehr kommt es darauf an, Konzepte zu entwickeln, die dem regionalen und kommunalen Wettbewerb Rechnung tragen und Zukunftsperspektiven eröffnen. Dazu gehören eine individuelle Profilbildung ebenso wie eine gezielte Kooperation. Es gilt, Gestaltungsspielräume zu nutzen und vor Ort Entscheidungen mit Blick auf die Herausforderungen zu treffen.

Die Wahlen zu den Kommunalparlamenten geben Anlass, auf wesentliche Handlungserfordernisse aus Sicht der Wirtschaft hinzuweisen. Mit den folgenden Standpunkten legt die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer wiederum Vorschläge und Anregungen für eine wirtschaftsfreundliche Kommunalpolitik vor.

Dabei greifen wir insbesondere Themenfelder auf, die in allen oder vielen Kommunen am Niederrhein eine Rolle spielen, ohne auf örtliche Gegebenheiten und lokale Diskussionen im Einzelnen einzugehen.

Wir freuen uns, über die IHK-Standpunkte in einen Dialog einzutreten und gemeinsam für eine zielgerechte Umsetzung Sorge zu tragen.

Dr. Stefan Dietzfelbinger
Hauptgeschäftsführer



Regionale Zusammenarbeit intensivieren

Für die Städte und Kreise am Niederrhein kommt es darauf an, die Kräfte zu bündeln und die Zusammenarbeit zu vertiefen. Keine Kommune, kein Kreis kann im Standortwettbewerb allein bestehen. Die Erfahrung lehrt: Gemeinsam ist man stärker. Entwicklungschancen orientieren sich nicht an Verwaltungsgrenzen.

Was ist zu tun?

Stadt Duisburg, Kreise Wesel und Kleve

■ Gemeinsam mit der Stadt Duisburg und den Kreisen Kleve und Wesel hat die Niederrheinische IHK die „Zukunftsinitiative Kompetenzregion Niederrhein (ZIKON)“ auf den Weg gebracht. Es kommt jetzt darauf an, dieses Programm mit neuen konkreten Projekten zu unterlegen. Dafür stehen auch Mittel aus der EU-Strukturförderung bis 2013 zur Verfügung (Stichwort: ZIKON II).

■ Kooperation unter den Kreisen und Städten sowie mit der Wirtschaft eröffnet neue Perspektiven und erleichtert die Durchführung und Finanzierung von Projekten. Kooperationsfelder: Logistik, Hafenstandorte, Gewerbeflächen- und Breitbandinfrastruktur, Agrobusiness/Food, auch grenzüberschreitend, Tourismus, demographischer Wandel.

■ Die Unternehmen vor Ort setzen auf Gemeinsamkeit am Niederrhein. Dies ist das Ergebnis einer Standortumfrage der IHK. Image und Bekanntheitsgrad der Region, in der die Unternehmen ansässig sind, sowie ein gezieltes gemeinsames Regionalmarketing sehen zwei Drittel als Schlüsselfaktoren für die Standortqualität. Fazit: Zusammenarbeit stärkt die wirtschaftliche Basis.

Was tut Ihre Gemeinde konkret, um die Kooperation mit den Nachbarn zu intensivieren?

••• Ansprechpartner: Dipl.-Ök. Theodor Friedhoff
Telefon: 0203 2821-288
friedhoff@niederrhein.ihk.de



Logistikregion Niederrhein ausbauen

Hafenkooperation forcieren

Duisburger Hafen, LippeMündungsraum, Logistikzentrum Emmerich

Der Niederrhein ist eine Logistikkreuzung von internationaler Bedeutung. Dabei spielen die Hafenstandorte der Region eine entscheidende Rolle. Der größte Binnenhafen Europas in Duisburg verspürt mittlerweile Flächenengpässe. Logport I und Logport II sind fast vollständig vermarktet. Der LippeMündungsraum im Kreis Wesel befindet sich im Aufwind. Im Logistikzentrum Emmerich wird kräftig investiert. Die Nachfrage nach qualifizierten Logistikflächen am Niederrhein wird weiter steigen. Dies spricht dafür, alle Möglichkeiten zur Kooperation der Häfen auszuloten.

Kooperationsmodelle werden bereits zwischen Duisburg und den Kanalhäfen erprobt. Der LippeMündungsraum und Duisport werden, unterstützt von der Landesregierung, einen Masterplan für die Häfen am Niederrhein erarbeiten.

Was ist zu tun?

- Die Zusammenarbeit zwischen den Hafenstandorten am Niederrhein sollte forciert und durch die Kommunen unterstützt werden. Dabei sind alle entscheidenden Hafenstandorte der Region einzubeziehen. Private Häfen und Umschlagsanlagen sind ebenfalls auf ihre Eignung im Rahmen von Kooperationen zu prüfen.
- Um die Position des Standorts Niederrhein als Hinterland-Hub der ARA-Häfen (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen) systematisch zu stärken, sind die konkreten Potenziale der Kooperation zu identifizieren.

Was tut Ihr Kreis/Ihre Stadt, um die Kooperation der Hafenstandorte voranzutreiben?

Airport Weeze anbinden

Der Airport Weeze ist deutschlandweit der wachstumsstärkste Flughafen. Er wird in diesem Jahr voraussichtlich von rund zwei Millionen Passagieren genutzt. Dies entspricht einer Jahressteigerung um 33 Prozent. Rund 1.000 Mitarbeiter sind inzwischen am Flughafen beschäftigt. Die weitere Entwicklung dieser „Jobmaschine“ muss gesichert werden.

Was ist zu tun?

- Das Straßennetz rund um den Airport wird angesichts der steigenden Passagierzahlen an den Verkehrsknotenpunkten bereits 2010 überlastet sein. Es ist mit massiven verkehrshindernden Staus zu rechnen. Dies geht auch aus einer wissenschaftlichen Untersuchung hervor. Hier sind rechtzeitig Gegenmaßnahmen einzuleiten.
- Das vorgelegte Gutachten schlägt eine Reihe von Maßnahmen zur Erweiterung der Infrastruktur vor. Zeitlich besonders dringlich ist die Entlastung der Knotenpunkte im Flughafenumfeld.
- Parallel dazu sollten die Planungen für die Nord-West-Umfahrung Weezes (L 361n) zügig vorangetrieben werden.

◆ Ansprechpartner: Dipl.-Vw. Werner Kühlkamp
Telefon: 0203 2821-278
kuehlkamp@niederrhein.ihk.de



Ausbau der Betuwe-Linie ermöglichen

Die rechtsrheinische Schienenstrecke von Emmerich bis Oberhausen wird bis 2015 in Verlängerung der Betuwe-Linie dreigleisig ausgebaut. Diese Güterverkehrsverbindung zwischen dem Rhein-Ruhr-Raum und dem Hafen Rotterdam soll dazu beitragen, die wachsenden Verkehrsmengen zu bewältigen und die Straßen zu entlasten. Derzeit werden die Planungen von der DB AG vorangetrieben.

Was ist zu tun?

- Zahlreiche höhengleiche Straßenkreuzungen sind neu zu regeln. Zudem sind umfangreiche Schallschutzmaßnahmen vorgesehen.
- In einigen Gemeinden gibt es aktuell zum Teil Widerstände von Anwohnern und Bürgerinitiativen. Die Gemeinden sollten zur Versachlichung der Diskussion beitragen. Die vielfach diskutierte Neubaustrecke entlang der A3 ist keine sinnvolle Alternative. Siedlungsferne Trassen für die bestehende Strecke bedeuten, dass kein Lärmschutz installiert wird. Auch die Zerschneidungswirkung der Strecke durch die höhengleichen Bahnübergänge würde bestehen bleiben.
- Um einen zügigen Baubeginn zu ermöglichen, sollten sich die Kommunen in konstruktiver Weise an den Detailplanungen beteiligen und die Umsetzung des Projektes aktiv unterstützen.

Was tut Ihre Gemeinde, soweit betroffen, um den Ausbau der Betuwe-Linie auf deutscher Seite voranzubringen?

Städtische Verkehrskonzepte erstellen

Städte und Gemeinden sind auf leistungsfähige Verkehrswege existenziell angewiesen. Sie sind daher gefordert, Verkehrskonzepte zu erstellen, die den vielfältigen Anforderungen gerecht werden. Dazu gehören auch strategische Planungen für die Erreichbarkeit der Innenstädte.

Was ist zu tun?

Stadt Duisburg

- Am Beispiel des Masterplans für die Duisburger Innenstadt wird die Bedeutung eines Gesamtverkehrskonzepts besonders deutlich. Der Masterplan sieht vor, langfristig die Verkehrsfläche in der Duisburger Innenstadt um etwa ein Drittel zu verringern. Bei der Umsetzung dieser strategischen Zielvorstellung in einem Gesamtverkehrskonzept kommt es darauf an, dass die Innenstadt weiterhin problemlos erreichbar bleibt – auch mit dem PKW und zur Abwicklung des Güterverkehrs.

- Verkehrsbeschränkende Maßnahmen an Hauptverkehrsstraßen beeinträchtigen die Leistungsfähigkeit des gesamten innerstädtischen Netzes. Sie dürfen daher nur in besonders begründeten Ausnahmefällen zum Zuge kommen.

- Ohne Blick auf das Gesamtnetz in der Innenstadt einzelne Maßnahmen voranzutreiben, ist nicht sinnvoll. Stattdessen sollte unter Einbeziehung der Wirtschaft die Umsetzung eines Gesamtkonzeptes verfolgt werden.

Gibt es in Ihrer Gemeinde ein Verkehrskonzept mit Blick auf das Gesamtnetz?

◆◆◆ Ansprechpartner: Dipl.-Vw. Werner Kühlkamp
Telefon: 0203 2821-278
kuehlkamp@niederrhein.ihk.de

Wirtschafts- und Industriestandort Niederrhein festigen

Energieversorgung sichern

Der Niederrhein ist ein Energiestandort ersten Ranges. Die hier ansässige Industrie ist weit überdurchschnittlich energieintensiv. Auf sie entfällt ein Drittel der gesamten industriellen Energieversorgung Nordrhein-Westfalens und ein Siebtel des Bundes. Der Niederrhein ist Stahlstandort Nr. 1 in Deutschland. Die Region ist auf die Industrie als Fortschrittsmotor und Impulsgeber angewiesen.

Vor diesem Hintergrund ist ein veralteter Kraftwerkpark auf Dauer Existenz bedrohend. Versorgungsengpässe würden die Industrie am Niederrhein besonders hart treffen.

Was ist zu tun?

■ Wirtschaftsförderung und Industriepolitik beginnen vor Ort. Die politisch Verantwortlichen sollten sich daher immer dann, wenn entsprechende Planungen und Entscheidungen im Raum stehen, entschieden für den Bau neuer, umweltver-

träglicher Kraftwerke einsetzen. Bereits genehmigte Projekte sollten aktiv vorangetrieben und nicht verzögert werden.

■ Der Aus- und Neubau von Kraftwerken wird häufig von der Bevölkerung und Bürgerinitiativen zum Teil kritisch begleitet. Mit transparenter und sachorientierter Öffentlichkeitsarbeit gilt es, für breite Akzeptanz zu werben. Hier sind Mut und Engagement gefordert.

Wäre Ihre Gemeinde bereit, ggfs. Standorte für Kraftwerke und Energieanlagen auszuweisen und entsprechende Planungen zu unterstützen?

••• Ansprechpartner: Ass. Michael Pieper
Telefon: 0203 2821-239
pieper@niederrhein.ihk.de

Energieverbrauch in der Industrie 2007

Gebiet	Energieverbrauch insgesamt in Millionen MJ	Anteil am Verbrauch der Industrie in NRW	Anteil am Verbrauch der Industrie im Bundesgebiet
Stadt Duisburg	455.836,347	27,8 %	10,8 %
Kreis Wesel	77.096,137	4,7 %	1,8 %
Kreis Kleve	9.555,445	0,6 %	0,2 %
IHK-Bezirk	542.487,928	33,0 %	12,9 %

Quelle: IT.NRW, Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Betriebsergebnisse.



Rohstoffgewinnung nicht gefährden

Nordrhein-Westfalen ist das rohstoffreichste Bundesland. Der Niederrhein spielt als Standort einer wettbewerbsfähigen Industrie insbesondere im Bereich Kies und Sand eine herausragende Rolle. Mehr als 1.000 Arbeitnehmer sind in diesem Bereich im IHK-Bezirk beschäftigt. Die ansässige Bauindustrie und die hiesigen Logistikdienstleister profitieren von der Nähe zu diesen Rohstoffvorkommen.

Was ist zu tun?

Gemeinden in den Kreisen Wesel und Kleve

- Der Abbau von oberflächennahen Bodenschätzen erfordert eine ausgedehnte Vorlaufzeit. Eine langfristig orientierte Planungssicherheit ist daher für die Unternehmen von entscheidender Bedeutung.
- Bei Abgrabungsprojekten und der damit verbundenen Vielzahl divergierender Interessen sollte dem Kriterium der „Standortgebundenheit“ ein größeres Gewicht eingeräumt werden. Abgrabungen können nicht an einem anderen Ort realisiert werden. Investitionen – und damit Arbeitsplätze – sind in der Region zu halten.

- Die Beteiligten vor Ort sind aufgefordert, den Flächenbedarf der Rohstoffwirtschaft auf Grundlage objektiver Daten zu ermitteln. Dazu gehören auch die bisherigen Abbaumengen. Strikte Abgrabungsverbote und eine überzogene Reduzierung von Flächen werden dagegen den Belangen der Unternehmen und der wirtschaftlichen Entwicklung der Region nicht gerecht.

Wie steht Ihre Gemeinde zum Thema Abgrabungen vor Ort?

••• Ansprechpartner: Ass. Michael Pieper
Telefon: 0203 2821-239
pieper@niederrhein.ihk.de



Wirtschafts- und Industriestandort Niederrhein festigen

Verfügbare Gewerbeflächen ausweisen

Eine nachhaltige Stadt- und Gemeindeentwicklung erfordert einen qualitativ ausgewogenen und ausreichenden Bestand an Wirtschaftsbetrieben vor Ort. Dies wiederum setzt ausreichende Gewerbeflächen voraus.

Eine entsprechende Steuerung über die Landes- und Regionalplanung ist dafür ebenso notwendig wie eine zielorientierte und konstruktive Flächenpolitik in Kreisen, Städten und Gemeinden.

Was ist zu tun?

- Für Kapazitätserweiterungen, zur Eröffnung von zusätzlichen Betriebsstätten sowie für Neugründungen gleichermaßen werden zusätzliche Gewerbeflächen benötigt. Entscheidend ist die angebotsorientierte Verfügbarkeit. Dafür ist rechtzeitig Sorge zu tragen.
- Um wirtschaftliche Entwicklungen zu begleiten und davon profitieren zu können, müssen Gewerbeflächen für verschiedene Branchen vorgehalten werden. Bei räumlichen Planungen ist der Immissionsschutz frühzeitig zu beachten, um Konflikten zwischen der Wohnbevölkerung und den Unternehmen im Vorfeld aus dem Wege zu gehen.

Kreis Kleve

- Neue Instrumente, wie etwa das im Kreis Kleve vorhandene Konzept eines „virtuellen Gewerbeflächenpools“, sind zu fördern. Voraussetzung: Diese Konzepte müssen die Flexibilität der Planung erhöhen, ohne zugleich die Grundsätze der nachhaltigen Raumentwicklung zu gefährden. Interkommunale Ansätze bieten neue Handlungsoptionen.

Stehen in Ihrer Gemeinde ausreichend Gewerbeflächen zur Verfügung? Verfolgt Ihre Gemeinde eine angebotsorientierte Planung?

◆◆◆ Ansprechpartner: Dipl.-Ing. Andree Haack
Telefon: 0203 2821-221
haack@niederrhein.ihk.de



Breitbandversorgung gewährleisten

Der Zugang zur Breitband-Informationstechnologie ist für Unternehmen ein entscheidender Standortfaktor. Aufgrund ihrer Standortgebundenheit profitieren insbesondere kleine und mittlere Betriebe von einem flächendeckenden Breitbandzugang: erweiterte Dienstleistungen können angeboten, eigene Prozesse optimiert, Modernisierungs- und Beschäftigungspotenziale erschlossen werden.

Für die Bevölkerung gewinnt der schnelle Internetzugang als Informationsquelle an Bedeutung. Auch für die Ausschöpfung aller Möglichkeiten von Bildung und Qualifizierung ist das schnelle Internet wesentliche Voraussetzung.

Kreise Wesel und Kleve

- Noch immer ist in Teilen der Kreise Wesel und Kleve keine flächendeckende Versorgung mit DSL gewährleistet. Eine Befragung im Kreis Wesel hat ergeben: 72 Prozent der Unternehmen verfügen über eine Anbindung von weniger als zwei Megabit pro Sekunde. Für viele Anwendungen reicht dies schon heute nicht mehr aus.

Was ist zu tun?

- Soweit noch nicht geschehen, ist der detaillierte Bedarf vor Ort zu ermitteln. Die Kommunen sind darüber hinaus gehalten, einen wirtschaftlich vertretbaren Beitrag zu leisten, damit die Infrastrukturen und Dienste von den Anbietern schnellstmöglich bereitgestellt werden.
- Bei ohnehin notwendigen Tiefbauarbeiten kann in Absprache mit den Anbietern das Verlegen von Leitungen oder Leerrohren zu beiderseitigem Vorteil realisiert werden.

Ist in Ihrer Gemeinde flächendeckend schnelles DSL verfügbar?

◆ Ansprechpartner: Dipl.-Ing. Peter Tönnies
Telefon: 0203 2821-269
toennes@niederrhein.ihk.de



Handel und Innenstädte entwickeln, Tourismus beleben

Stadt Duisburg, Kreise Wesel und Kleve

■ Die positive Entwicklung der Innenstädte am Niederrhein gilt es weiter voranzutreiben. Trotz nach wie vor bestehender Probleme hat Duisburg als Oberzentrum aufgeholt. Davon kann die Region insgesamt profitieren. Mit ihrer Vielfalt individueller Klein- und Mittelstädte bieten die Kreise Wesel und Kleve auch mit Blick auf die Entwicklung des Tourismus ein ausgewogenes und attraktives Handelsangebot.

Was ist zu tun?

- Gefragt ist eine nachhaltige Innenstadtentwicklung, die auf die Stärken der gewachsenen Handelslagen setzt und die Identität der einzelnen Städte und Gemeinden schärft.
- Profilbildende Maßnahmen beeinflussen auch den Tourismus: Trotz erheblicher Potenziale wird der Niederrhein noch immer nicht ausreichend als Touristikregion wahrgenommen. Bei der Weiterentwicklung einer touristischen Dachmarke ist es daher von entscheidender Bedeutung, den Bekanntheitsgrad als Tourismusregion zu steigern. Dazu bedarf es der Kooperation aller Beteiligten.

■ Um präzise Zielvorstellungen zu definieren und Transparenz für Investoren zu schaffen, sollten informelle Konzepte zur Handels- und Gesamtentwicklung der Städte und Gemeinden erstellt werden. Die landesgesetzlichen Vorschriften zur Steuerung des großflächigen Einzelhandels sind dabei flächendeckend umzusetzen, damit ein einheitlicher wettbewerblicher Ordnungsrahmen generiert wird.

■ Die Zusammenarbeit der Kommunen und Kreise in den Grenzen des gesamten touristischen Niederrheins ist zu intensivieren, um Kräfte zu bündeln. Die grenzüberschreitenden Ansätze sollten weiter ausgebaut werden.

Welche Maßnahmen zur Innenstadtentwicklung und zur Stärkung des touristischen Profils werden in Ihrer Gemeinde konkret vorangetrieben?

◆ Ansprechpartner: Dipl.-Ök. Astrid Schulte
Telefon: 0203 2821-267
schulte@niederrhein.ihk.de



Mittelstand stärken

Konjunkturpaket II umsetzen

Den Kreisen, Städten und Gemeinden am Niederrhein stehen mehr als 164 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II zur Verfügung.

Was ist zu tun?

■ Es kommt darauf an, die Mittel zügig und in vollem Umfang für die vorgesehenen Zwecke einzusetzen. Dabei sind die später anfallenden Erhaltungsinvestitionen in die Planungen einzubeziehen. Die Mittel aus dem Konjunkturpaket müssen vornehmlich an die örtliche und regionale Wirtschaft vergeben werden.

Sind die Voraussetzungen zur Vergabe der Mittel in Ihrer Gemeinde geschaffen?

Steuern und Abgaben begrenzen

Die kommunale Finanzpolitik spielt bei Standortentscheidungen eine gewichtige Rolle. Unmittelbar entscheidungsrelevant für Unternehmen sind Gewerbe- und Grundsteuern ebenso wie Wasser-, Energie- und Entsorgungskosten.

Die Unternehmenssteuerreform hat den Wettbewerb zwischen den Kommunen intensiviert. Stärker als bisher entscheidet der örtliche Hebesatz über die regionale Standortqualität und die Konkurrenzfähigkeit der ansässigen Unternehmen.

Was ist zu tun?

■ Die Realsteuerhebesätze sollten als Instrument einer aktiven kommunalen Standortpolitik verstanden werden. Ziel muss es sein, die Abhängigkeit von Landeszuweisungen zu verringern und Spielräume für die Verringerung der Steuer- und Abgabenlast vor Ort zu schaffen.

■ Die Kommunen sind aufgerufen, die Steuerlast der Unternehmen mit Blick auf die Standortqualität strikt zu begrenzen. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten verbietet sich ein Drehen an der Steuerschraube, insbesondere bei der Gewerbesteuer. Dies schreckt Investoren ab.

■ Darüber hinaus ist über eine konsequente Ausgaben- und Aufgabenkritik ein struktureller Haushaltsausgleich anzustreben.

Schafft Ihre Gemeinde Spielräume zur Senkung der Steuer- und Abgabenlast?

Privatisierungschancen nutzen

Die Privatisierung kommunaler Dienstleistungen ist geboten, wenn die Leistungen bei vergleichbarer Qualität von privaten Unternehmen kostengünstiger angeboten werden können.

Was ist zu tun?

■ Für beide Seiten nutzbringende Privatisierungspotenziale sollten erschlossen werden. Dazu gehören auch Public-Private-Partnership-Modelle.

■ Die Kommunen sind aufgefordert, die von ihnen erbrachten Leistungen ständig mit Blick auf Privatisierungsmöglichkeiten zu überprüfen.

Welche Privatisierungsmöglichkeiten bestehen in Ihrer Gemeinde?

◆ Ansprechpartner: Dr. Christian Rüttgers
Telefon: 0203 2821-227
ruettgers@niederrhein.ihk.de



Mittelstand stärken

Aufträge mittelstandsgerecht vergeben

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollten Unternehmen der Region verstärkt Berücksichtigung finden.

Was ist zu tun?

■ Nach Möglichkeit sind öffentliche Aufträge in kleinere Lose aufzuteilen, damit sich kleine und mittlere Unternehmen erfolgreich beteiligen können. Diese prägen die Wirtschaftsstruktur der Region in besonderem Maße.

... Ansprechpartner: Dr. Christian Rüttgers
Telefon: 0203 2821-227
ruettgers@niederrhein.ihk.de

Bürokratie abbauen

Transparentes, zeitnahes und wirtschaftsfreundliches Handeln der Verwaltung ist ein entscheidender Standortfaktor im regionalen und kommunalen Wettbewerb. Mit dem trotz aller Fortschritte weiterhin dringend notwendigen Abbau von Bürokratie, mit flexiblen Entscheidungsprozessen und einem integrierten Verwaltungsansatz können die Kommunen dazu beitragen, gerade die mittelständischen Unternehmen vor Ort in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Was ist zu tun?

■ Die Niederrheinische IHK bestärkt die kommunalen Akteure in ihren Bemühungen, Strukturen zu schaffen und Instrumente einzusetzen, die schnelles, unbürokratisches und bedarfsgerechtes Handeln ermöglichen.

■ Mit der Dienstleistungsrichtlinie eröffnet die Europäische Union den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, ihre Strukturen

unternehmens- und wirtschaftsfreundlicher zu gestalten. Künftig sollen Unternehmen sämtliche Verwaltungsverfahren bei einer einzigen Stelle erledigen können. Diese Regelungen sind so umzusetzen, dass Ansiedlungen erleichtert werden und die Unternehmen vor Ort davon profitieren.

■ Dieser „Einheitliche Ansprechpartner“ ist nicht nur zentrale Informationsstelle für in- und ausländische Unternehmen, sondern auch Verfahrenspartner. Ab 2010 soll es möglich sein, die notwendigen Verwaltungsprozesse vollständig elektronisch abzuwickeln.

■ Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie auf kommunaler Ebene sollte als Chance genutzt werden, Verwaltungsstrukturen und Arbeitsabläufe grundlegend auf Vereinfachung, Bürokratieabbau und E-Government auszurichten. Die Niederrheinische IHK steht – wie in NRW ausdrücklich vorgesehen – als Kooperationspartner zur Verfügung. Die regionale, Gemeinde übergreifende Zuständigkeit des zukünftigen „Einheitlichen Ansprechpartners“ sollte die strukturellen und institutionellen Zusammenhänge widerspiegeln. Zielgerecht ist eine Lösung auf der Ebene des IHK-Bezirks.

Gibt es in Ihrer Kommune konkrete Beispiele für eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung und den Abbau bürokratischer Hemmnisse?

Unterstützen Sie die Einrichtung des Einheitlichen Ansprechpartners für die Region Duisburg-Wesel-Kleve?

... Ansprechpartner: Dipl.-Geogr. Rüdiger Helbrecht
Telefon: 0203 2821-335
helbrecht@niederrhein.ihk.de



Ausbildung und Qualifizierung intensivieren

Hochschulstandorte aufwerten

Universität Duisburg-Essen, Campus Duisburg

Duisburg ist seit 1972 wieder Universitätsstandort. Davon profitiert die Wirtschaft der gesamten Region. Trotzdem gibt es bis heute kein richtiges Studentenleben in der Stadt. Der Anteil der „Heimschläfer“ an der Universität Duisburg-Essen ist hoch.

Was ist zu tun?

Stadt Duisburg

- Sowohl im unmittelbaren Umfeld der Universität am Campus Duisburg als auch im Stadtkern sind attraktive Bedingungen für Studenten und Universitätsmitarbeiter zu schaffen. Dies gilt für Wohnraum ebenso wie für kulturelle Angebote und die Gastronomie. Die Ergebnisse des jüngst angestoßenen Ideenwettbewerbs der NRW School of Governance können dabei Anhaltspunkte geben.

Fachhochschule Rhein-Waal

Die neu gegründete Fachhochschule Rhein-Waal ist eine hervorragende Chance für die Wirtschafts- und Bildungsregion Niederrhein, die es zu nutzen gilt.

Was ist zu tun?

Kreise Wesel und Kleve

- Studenten und Mitarbeiter benötigen auf die jeweilige Situation zugeschnittenen Wohn- und Lebensraum. Insbesondere im Umfeld der Campi Kleve und Kamp-Lintfort sollten Anreize für den Aufbau entsprechender Anziehungspunkte gesetzt werden.
- Die Verkehrsanbindung der Hochschulstandorte an die unmittelbar angrenzenden Ballungsgebiete ist sicher zu stellen. Die Kommunen sollten dazu beitragen, die überregionale Attraktivität der Hochschule von Anfang an zu fördern.

Werden die Chancen für die Bildungsregion Niederrhein durch die beiden Hochschulen von Ihrer Gemeinde ausreichend genutzt?

◆ Ansprechpartner: Dr.-Ing. Wolf-Eberhard Reiff
Telefon: 0203 2821-310
reiff@niederrhein.ihk.de



Ausbildung und Qualifizierung intensivieren

Ausbildungsplätze schaffen

Ausbildung und Qualifizierung sind die Grundlage für die Gewinnung von Zukunftsperspektiven. Dafür stehen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gleichermaßen in der Verantwortung. Die Unternehmen am Niederrhein engagieren sich in erheblichem Maße für die Ausbildung der Jugendlichen und stellen von Jahr zu Jahr mehr neue Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Ausbildungsmärkte sind vor allem regionale Märkte. Daher hat die Kommunalpolitik maßgeblichen Einfluss auf deren Entwicklung.

Was ist zu tun?

■ Auch die Kommunen sind aufgefordert, ihre Anstrengungen zu intensivieren und in der Verwaltung und in kommunalen Einrichtungen zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen.

Stellt Ihre Gemeinde vermehrt Ausbildungsplätze zur Verfügung?

Ausbildungsreife sicherstellen

Immer wieder bleiben Ausbildungsplätze unbesetzt, wenn Unternehmen keine ausbildungsreifen Schulabgänger finden. Vielfach mangelt es an Grundfähigkeiten, Einstellungen und Verhalten. Dazu gehören beispielsweise die Beherrschung von Grundrechenarten ebenso wie Zuverlässigkeit, Verantwortungsbewusstsein und Leistungsbereitschaft.

Was ist zu tun?

■ Durch eine verstärkte Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft kann die Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen erhöht werden. Die Niederrheinische IHK bietet hierfür seit

Jahren mit Erfolg eine breite Palette von Programmen und Maßnahmen an. Gemeinsam mit der Landesregierung wirkt die IHK außerdem darauf hin, bis zum nächsten Jahr jeder weiterführenden Schule, die dies will, einen Partner aus der Wirtschaft zu vermitteln. Die Kommunen sollten diese Initiativen unterstützen. Berufsorientierung ist eine aktive Gestaltungsaufgabe der Schulen.

■ Die Zahl der Schulabbrecher muss reduziert werden. Schüler sind früh und nach ihren individuellen Fähigkeiten zu fördern. Die Kommunen sollten Schüler mit Förderbedarf durch zusätzliche Lehrkräfte individuell unterstützen, ihr Leistungspotential zu erreichen.

■ Darüber hinaus sollte in den allgemeinbildenden Schulen die berufskundliche Weiterbildung für Lehrer etabliert werden. Für die Schüler sind zusätzliche Angebote zur Begleitung in den Berufseinstieg bereitzustellen. Ziel muss es sein, die Übergangsquote in die Ausbildung zu erhöhen.

Wie wird in den Schulen in Ihrer Gemeinde die Ausbildungsreife der Schüler gefördert?

◆ Ansprechpartner: Dipl.-Vw. Jürgen Kaiser
Telefon: 0203 2821-308
kaiser@niederrhein.ihk.de



Berufsschulen zielgerecht ausstatten

Duale Berufsausbildung erfordert ein enges Miteinander von Berufsschulen und Unternehmen. Für die Ausbildung von Fachkräften ist die Qualität der Berufsschulen zu gewährleisten.

Was ist zu tun?

- Zur Qualitätssicherung bedarf es auch bei den Berufsschulen eines Ausbaus der personellen und sachlichen Kapazitäten durch die Kommunen.
- Der Unterricht ist handlungs- und praxisorientiert auszugestalten. Die Fortbildung der Lehrer kann durch die Schulträger und Schulen z. B. mittels betrieblicher Praktika aktiv unterstützt werden.
- Die Anmeldung zur vollzeitschulischen Ausbildung sollte von Anfang des Jahres auf das späte Frühjahr verschoben werden. Damit wird die Motivation der Jugendlichen, eine Ausbildung im dualen System zu erlangen, nicht durch die vermeintliche Sicherheit des Berufskollegs beeinträchtigt.

Ist eine zukunftsorientierte Ausstattung der Berufsschulen in Ihrer Gemeinde gewährleistet?

Weiterbildung fördern

Im Hinblick auf den schneller voranschreitenden technischen Wandel ist Weiterbildung ein Muss für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Derzeit nimmt in Deutschland ein im internationalen Vergleich unzureichender Anteil von ca. 43 Prozent der Berufstätigen einmal im Jahr an einer Weiterbildung teil.

Was ist zu tun?

- Insbesondere für Beschäftigte in kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie für gering qualifizierte Arbeitnehmer sollte die Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen durch spezielle Förderprogramme erhöht werden. Das Angebot an berufsbegleitender akademischer Weiterbildung durch Hochschulen sowie für berufliche Weiterbildung durch öffentliche und private Träger sollte erweitert werden.

Gibt es in Ihrer Gemeinde ausreichende Weiterbildungsangebote verschiedener Träger?

••• Ansprechpartner: Dipl.-Vw. Jürgen Kaiser
Telefon: 0203 2821-308
kaiser@niederrhein.ihk.de



Umweltpolitik und wirtschaftliche Entwicklung in Einklang bringen

Umweltzonen kritisch überprüfen

Die EU hat Grenzwerte für Feinstaubbelastungen erlassen. In diesem Zusammenhang wird häufig der Straßenverkehr, zu meist fälschlicherweise, als Hauptverursacher hingestellt.

Städte Duisburg und Dinslaken

■ Im Rahmen des Luftreinhalteplans Westliche Ruhr sind im vergangenen Jahr in Duisburg Umweltzonen eingerichtet worden, in denen bestimmte Fahrzeuge nicht mehr fahren dürfen. Diese Verbote und Beschränkungen sind nicht zielführend und bringen Belastungen für kleine und mittlere Unternehmen mit sich. Für Dinslaken ist der Erlass eines Luftreinhalteplans vorgesehen.

Der Luftreinhalteplan und damit auch die Umweltzonen werden bis Ende 2010 dahingehend überprüft, in welchem Maß die Vorgaben der europäischen Luftreinhalteziele erreicht worden sind. Dabei geht es neben Feinstaub auch um die Konzentration von Stickoxiden (NO_x).

Was ist zu tun?

Kreis Wesel/Stadt Dinslaken

■ Mit Blick auf den Luftreinhalteplan für Dinslaken setzt die Wirtschaft darauf, dass keine verbotsorientierten Instrumente Aufnahme in den Plan finden. Die Einrichtung einer weiteren Umweltzone erscheint nicht sinnvoll.

■ Notwendig ist eine wissenschaftlich fundierte Analyse der Wirkung von Umweltzonen in wirtschaftlicher und umwelpolitischer Hinsicht. Fahrverbotszonen sind unverzüglich aufzuheben, wenn sich keine eindeutig auf die Einrichtung der Umweltzonen zurückzuführenden positiven Effekte ermitteln lassen.

■ Insbesondere kleine Unternehmen sind häufig nicht in der Lage, neue Fahrzeuge zu finanzieren. Daher sind spezielle Ausnahmeregelungen für Betroffene unumgänglich.

■ Mit anreizorientierten Konzepten zur Luftreinhaltung stehen Alternativen zur Verfügung, die anstelle von Umweltzonen stärker berücksichtigt werden sollten. Dazu gehören Beschränkungen nur bei Grenzwertüberschreitung und die Förderung abgasärmerer Fahrzeuge.

Sind Sie für die Abschaffung von Umweltzonen, wenn unter Berücksichtigung der mit den Verbotszonen verbundenen Belastungen eine positive Wirkung nicht nachgewiesen werden kann?

◆◆◆ Ansprechpartner: Dipl.-Vw. Werner Kühlkamp
Telefon: 0203 2821-278
kuehlkamp@niederrhein.ihk.de



Interessenausgleich sicherstellen

Europäische Vorgaben verlangen, bestimmte Teilräume als Vogelschutzgebiete auszuweisen. Dies betrifft auch den Niederrhein.

Das bisherige Vogelschutzgebiet mit einer Fläche von mehr als 20.000 ha sollte nach Maßgabe der EU-Kommission um zusätzliche 30.000 ha mehr als verdoppelt werden. Gewerbliche Investitionen und Infrastrukturprojekte wären auf diesen Flächen und in deren Umfeld kaum noch realisierbar gewesen.

Im Dialog mit der EU-Kommission hat die Landesregierung mit Unterstützung der Wirtschaft einen Kompromiss in einer Größenordnung von 5.500 ha zusätzlicher Schutzgebiete erreicht.

Was ist zu tun?

- Die Kommunalpolitik ist gehalten, unternehmerische Projekte und Investitionsvorhaben so zu begleiten, dass sie auch in einem schwieriger gewordenen Umfeld genehmigt werden können.
- Bei eventuell entstehenden Konflikten zwischen Naturschutz und anderen Nutzungsinteressen müssen alle vorhandenen Spielräume zum einvernehmlichen Interessenausgleich wahrgenommen werden.

Findet in Ihrer Gemeinde ein angemessener Interessenausgleich zwischen Wirtschaft und Umweltschutz statt?

••••• Ansprechpartner: Ass. Michael Pieper
Telefon: 0203 2821-239
pieper@niederrhein.ihk.de

Auf demographische Entwicklung vorbereitet sein

Die demographische Entwicklung trifft die Gebietskörperschaften am Niederrhein in unterschiedlicher Weise. So wird die Einwohnerzahl in der Tendenz im Kreis Kleve in den nächsten Jahren noch wachsen, im Kreis Wesel leicht zurückgehen und in Duisburg deutlich schrumpfen. Die Veränderung von Zahl und Struktur der Bevölkerung hat gravierende Auswirkungen auf die wirtschaftliche, finanzielle und soziale Situation der Kreise, Städte und Gemeinden.

Die Unternehmen brauchen auch in Zukunft gut ausgebildete Fachkräfte. Die demographische Entwicklung verschärft den Wettbewerb um junge qualifizierte Arbeitnehmer und Auszubildende. Eine zukunftsweisende Kommunalpolitik greift diesen Trend auf.

Was ist zu tun?

- Kreise, Städte und Gemeinden sind aufgefordert, Strategien zur Bewältigung des demographischen Wandels zu entwickeln. Die vielfach bereits eingeleiteten Aktivitäten sind zu intensivieren. Die nach Kreisen und Gemeinden unterschiedliche Veränderung der Einwohnerzahl und -struktur erfordert differenzierte Maßnahmen.
- In ländlich geprägten Regionen ist die Stärkung zentraler Orte für die Nahversorgung und personenbezogene Dienstleistungen erforderlich.
- Eine sinkende Bevölkerungszahl stellt veränderte Ansprüche an die Nutzung von Flächen und Wohnraum. Der Anteil

der Ein-Personen-Haushalte wächst. Der städtebaulichen Nachverdichtung kommt damit eine besondere Bedeutung zu: Dem Bedarf nach qualitativ hochwertigen Flächen sollte nicht nur durch Neuerschließungen, sondern vermehrt durch Umnutzung im Bestand Rechnung getragen werden. Leerstände und Brachflächen sind zu vermeiden.

- Interkommunale Kooperationen sind verstärkt zu nutzen. Wo immer möglich und sinnvoll, sollten benachbarte Gemeinden Leistungen gemeinsam anbieten.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird immer wichtiger. Für den Erfolg im Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte sind ein umfassendes Betreuungsangebot für Kinder von Berufstätigen und der Ausbau eines attraktiven Freizeit- und Kulturangebots unerlässlich. Darauf sind auch die Unternehmen mit Blick auf ihre Personalentwicklung besonders angewiesen.

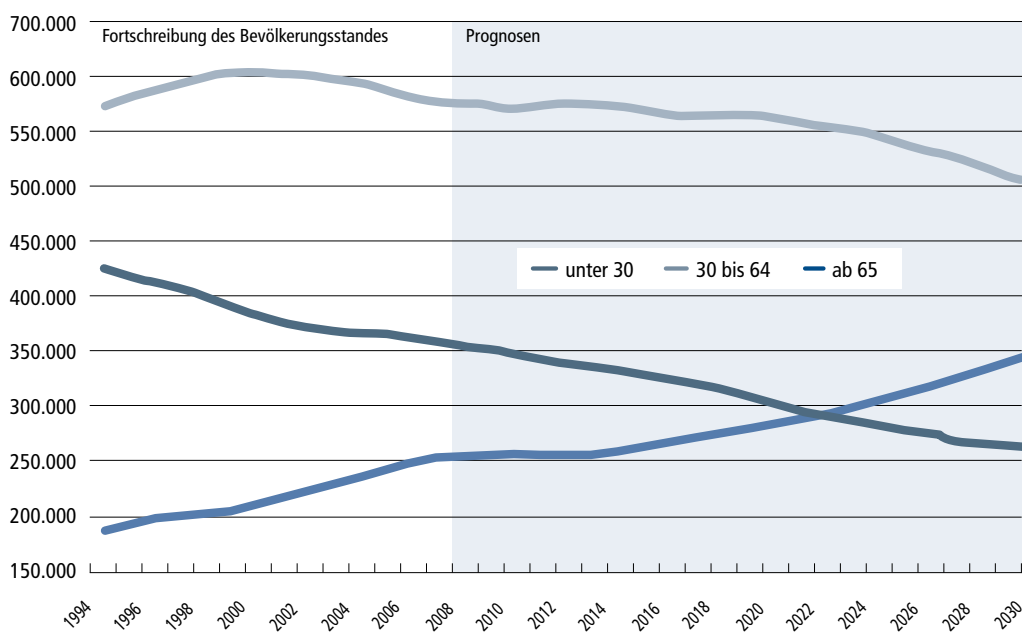
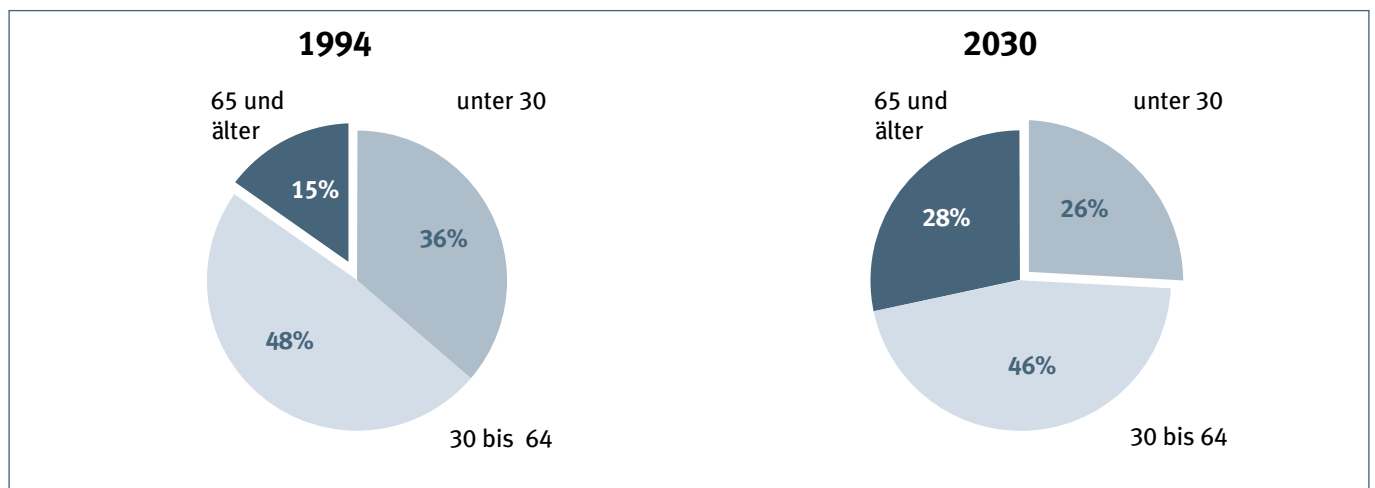
Wird der demographische Wandel in Ihrer Gemeinde bei kommunalpolitischen Maßnahmen ausreichend berücksichtigt?



Ansprechpartner: Dr. Christian Rüttgers
Telefon: 0203 2821-227
ruettgers@niederrhein.ihk.de



Bevölkerung am Niederrhein



Quelle: Eigene Darstellung, Daten: IT.NRW, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, Bevölkerungsvorausberechnungen 2009.



Niederrheinische Industrie- und Handelskammer
Duisburg · Wesel · Kleve zu Duisburg

Niederrheinische Industrie- und Handelskammer
Duisburg · Wesel · Kleve zu Duisburg

Mercatorstraße 22 – 24
47051 Duisburg
Telefon 0203 2821-0